

Wirtschaftswoche im Landkreis Passau:

Wirtschaftsfaktor Nachhaltigkeit

Eine durchweg positive Bilanz zog Landrat Franz Meyer zum Ende der Wirtschaftswoche im Landkreis Passau. Ziel dieser Veranstaltungsreihe, die von ihm ins Leben gerufen wurde, ist es, ein Thema in den Vordergrund zu rücken und mit der Wirtschaft im Gespräch zu bleiben. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Nachhaltigkeit“.

Präsentiert wurde ein reichhaltiges Spektrum: Auf der Agenda standen der CO₂-neutrale Busverkehr, der in Bad Füssing realisiert wird, die Flussperlmuschel, deren Pflege und Lebensbedingungen in der Infostelle in Fürsteneck zu sehen waren, das neue Ökokonto bei Pleinting und der innovative Umgang mit Ressourcen durch den Holzvergaser von Holzenergie Wegscheid. Landrat Meyer zeigte sich beeindruckt von den unternehmerischen Leistungen: „Bildung, Kultur und eine intakte Natur, das sind Standortfaktoren, mit denen der Landkreis Passau punktet – darauf können wir stolz sein.“

E-Busse im Einsatz

Wo das Zusammenspiel von Wirtschaft und Ökologie funktioniert, wurde zunächst in Bad Füssing, dem „Flaggschiff der deutschen Heilbäderbranche“ offenkundig. Bad Füssing ist nicht nur der erfolgreichste und beliebteste Kurort Europas, „er wird bald dank der Elektrobusse auch der leiseste sein“, so der Landrat.

Seit Jahrzehnten ist die Firma Eichberger als Betreiber des Orts- und Bäderverkehrs mit umweltschonender Beförderung befasst. 500.000 Gäste befördert das Unternehmen jährlich allein in und um Bad Füssing, 250.000 Kilometer sind fünf Busse auf vier Li-

nien unterwegs. 2018 werden diese nun komplett auf Elektroantrieb umgestellt.

Eichberger bekam das Vorhaben als Bundes-Pilotprojekt genehmigt, es ist somit ein einmaliges Projekt in Deutschland, denn mit den E-Bussen soll eine weitere Vernetzung der E-Mobilität im Kurort stattfinden – vom E-Bike über E-Taxis, Segways bis zum Carsharing mit E-Autos. In Zusammenarbeit mit Regionalbus Ostbayern wird außerdem der Fahrplan zwischen Bad Füssing und Pocking an die Rottalbahn angepasst, auf der Linie wird ebenfalls der E-Bus im Einsatz sein.

„Zukunft Bad Füssing“

Konkrete Vorschläge liegen mittlerweile auch für die Zukunft Bad Füssings vor. Bereits in den 1980er Jahren rüstete sich der Kurort mit einem langfristig angelegten Maßnahmenpaket und entdeckte, so Bürgermeister Alois Brundobler, den Trend zum sanften Tourismus. Jetzt geht es in die nächste Runde. Wenngleich die Zahl der Gäste von 234.000 im Jahr 2001 auf nun 315.000 gestiegen ist, ist die sinkende Aufenthaltsdauer seit den ersten Gesundheitsreformen Ende der 1990er das Sorgenkind von Kurorten. Neue Zielgruppen werden laut Brundobler benötigt. Diese Zei-

chen der Zeit erkannte der Gemeinderat bereits 2012 und gab die Erarbeitung eines Strategieplans „Zukunft Bad Füssing“ in Auftrag. Beteiligt wurden eine Reihe von Experten aus Landschaftsplanung und Städtebau unter Einbeziehung der Fachstellen wie Naturschutz und Wirtschaftsförderung aber auch die Bevölkerung, die Hotellerie und die Geschäftswelt.

Natur als zweites Standbein

Laut Untersuchung braucht Bad Füssing „ein zweites Standbein“, denn: Weit über die Hälfte der Besucher von mindestens sechsmal in Bad Füssing zur Erholung, während nur zehn Prozent erstmals einen Bad-Füssing-Urlaub buchten. Das ist auf Dauer zu wenig, zumal die derzeitige Altersstruktur 51 Prozent über 70-Jährige und nur 10 Prozent unter 60-Jährige ausweist.

Das zweite Standbein liegt vor der Haustür und heißt: Natur. Der Slogan Bad Füssings „...wirkt und wirkt...“ hat ausgedient und wird ersetzt durch „Bad Füssing - der ganze Mensch“, verfolgt also den ganzheitlichen Ansatz. Heilwelt, also das berühmte heilende Wasser, trifft die heile Welt – das ist Motto künftiger Maßnahmen. Gerade hier liege viel Potenzial brach, stellten die Experten fest. So fehlten zum Beispiel in den Innauen „Leuchtturmprojekte“ wie einfach zu realisierende Wegeverbindungen oder eine spektakuläre Aussichtsplattform am Inn, um die heile

Welt sichtbar und erlebbar zu machen.

Man sieht sie nicht, aber man merkt es, wenn sie nicht mehr da ist. Die Flussperlmuschel ist ein hochsensibles und anspruchsvolles Lebewesen, das sich nur mit bestem Wasser und einem funktionierenden Ökosystem in der Umgebung zufrieden gibt. Diese Lebensbedingungen herrschen an der Ilz, weshalb Nachzucht und Auswildern der Flussperlmuschel als Projekt des Bundesumweltministeriums mit erheblichen Mitteln gefördert wird.

Ein starkes Stück Natur wie dieses, dessen Lebensraum sich über die Landkreise Passau, Freyung-Grafenau und Regen erstreckt, dient nicht nur der Erhaltung einer vom Aussterben bedrohten Lebensart, sondern auch Einheimischen und Touristen. Somit ist intakte Natur ein „zentraler Standortfaktor“, unterstreicht Landkreischef Meyer. Er erklärte das Flussperlmuschelprojekt zu einem „der großen Leuchttürme unserer Region“. Dies solle selbstbewusst dargestellt werden.

Beim Besuch der „Holzenergie Wegscheid GmbH“ in Sonnen mit einer Vorführanlage in Wegscheid würdigte der Landrat die Innovationskraft der Region, was sich gerade an einem Unternehmen wie der „Holzenergie Wegscheid“ zeige, das den nachwachsenden Rohstoff Holz und modernste Holzvergaser so verbunden habe, dass daraus ein „Global Player“ geworden sei.

Impulsgeber LfA

Die Anwesenheit des Vorstandsmitglieds Hans Peter Göttler von der LfA Förderbank nutzte Franz Meyer zu folgender Feststellung: „Für die Wirtschaft im Landkreis Passau ist die LfA ein wichtiger Impulsgeber. Mit dem Förderangebot konnten die Unternehmen in unserer Region allein in 2016 Investitionen in Höhe von gut 35 Millionen Euro finanzieren. Bezogen auf die letzten drei Jahre summiert sich das Investitionsvolumen der über 300 geförderten Unternehmen auf rund 152 Millionen Euro. So konnten über 10.100 Arbeitsplätze gesichert und über 200 neue Stellen geschaffen werden. Das wollen wir fortsetzen. Deshalb pflegen wir unsere Partnerschaft mit den Finanzierungspartnern der Unternehmen und verbessern die Rahmenbedingungen für Wachstum und Investitionen der mittelständischen Wirtschaft in unserem Landkreis weiter.“

Ausdrücklich würdigte der Landrat den konsequenten Ansatz der LfA, bei der Förderung die Zukunftsfähigkeit der Investitionen in den Mittelpunkt zu stellen und so auch langfristig zum Erfolg der Wirtschaftsregion Landkreis Passau beizutragen.

Messe „ausblick“

Höhe- und Schlusspunkt der Wirtschaftswoche im Landkreis Passau war die Messe „ausblick“. Rund 120 Firmen aus der Region präsentierten sich und ihr Angebot und stellten damit eine „vitale, ideenreiche und zukunftsgerichtete Wirtschaftsregion“ dar, wie Landkreischef Meyer hervorhob.

Festredner Landwirtschaftsminister Helmut Brunner verwies auf die positiven Kennzahlen Niederbayerns – eine Leistung vor allem der kleinen und mittelständischen Betriebe aus Handel, Handwerk, Tourismus und Landwirtschaft. Staatliche Förderungen, wie die angekündigte Eröffnung einer Zweigstelle der Landesanstalt für Landwirtschaft in Ruhstorf entfalteten ebenfalls „nachhaltige Wirkung“.

Die Messe „ausblick“ wurde vom Wirtschaftsförderungsverein Ruhstorf in Kooperation mit dem Landkreis Passau veranstaltet, Kooperationspartner waren Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer. **DK**



Brauerei-Geschäftsführer Michael Mayer erläuterte die Produktionsanlagen: In der Mitte Innenminister Joachim Herrmann, vorne links MdB Ulrich Lange und die Oettinger Bürgermeisterin Petra Wagner.

Schwaben, Mittelfranken und Ostalbkreis:**Regionale Zusammenarbeit zwischen CSU und CDU**

CDU und CSU aus Schwaben, Mittelfranken und dem Ostalbkreis wollen die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen und für „weitere Vernetzung“ nicht nur der Verkehrswege, sondern auch bei der Bekämpfung der Kriminalität sorgen. Darin waren sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange, der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende und Innenminister Joachim Herrmann sowie der CDU-Kreisvorsitzende des Ostalbkreises, Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter, bei einem Treffen in den Räumern der Oettinger Brauerei einig.

Als Beispiele für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperation nannte der heuer als Gastgeber fungierende CSU-Kreisvorsitzende aus Donau-Ries, Ulrich Lange, die Fortschritte bei der polizeilichen Zusammenarbeit, wo die Union sich „mühsam gegen die SPD durchsetzen konnte“ sowie Ergebnisse bei der Umsetzung des BVWP 2030.

Lange, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nannte u. a. die wichtige Netzverbindung zwischen Augsburg und Stuttgart mit dem Ausbau der Bundesstraße 29. Dieser war von Grün-Rot auf der baden-württembergischen Seite nicht gewollt und – so der CDU-Vorsitzende aus dem Kreis Ostalb, Roderich Kiesewetter – dessen ursprüngliche Abstufung von dort „als Erfolg“ gefeiert worden, was einen Stillstand bis 2014 bedeutet habe. Es sei dem verkehrspolitischen Sprecher der Union zu verdanken, dass Teile der Planungen inzwischen wieder im vorrangigen Bedarf eingestuft sind.

BVWP 2030

„Viele Gemeinden und Städte profitieren inzwischen von den fertig gestellten Ortsumgehungen, weitere sind in Planung“, so Innenminister Joachim Herrmann. Der BVWP 2030 enthalte bayerische Straßenprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 18,5 Milliarden Euro. Für die Bundesfernstraßen stünden allein im laufenden Jahr insgesamt über 1,5 Mrd. Euro bereit, davon rund 1,3 Mrd. Euro für Investitionen. Außerdem investiere der Freistaat 270 Mio. Euro in die Staatsstraßen, „so viel wie noch nie“.

Ulrich Lange gab einen Überblick über Bauprojekte an den Bundesstraßen 25, 2 und 466 in der Region und stellte auch erste Ergebnisse der im Herbst 2016 eingesetzten „Task Force“ zur verbesserten Schienenanbindung Nordschwabens vor, wonach es ab Dezember 2017 zusätzliche und schnellere Verbindungen nach München und Nürnberg geben werde. „Die Bahnverbindungen im Landkreis Donau-Ries werden sich spürbar verbessern.“

Als ein Beispiel funktionierender grenzüberschreitender Regionalentwicklung nannte der Ansbacher Landrat Dr. Jürgen Ludwig die neue Luftrettungsstation Sinbronn mit 1.684 Hubschrauber-Einsätzen in 2016. Beim Thema „Sicherheit“ berichtete Udo Dreher vom CSU-Arbeitskreis

„Polizei und Innere Sicherheit“ von einer guten Zusammenarbeit im „kriminalgeografischen Raum“ der Polizeipräsidien Schwaben-Nord, Aalen und in Mittelfranken. **pmw**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
 Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
 Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
 Jakob Döring
 Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
 Lutz Roßmann (Landtag)
 Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
 Jörg Kunstmann (KPV)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
 Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
 Constanze von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
Anzeigenschlusstermine:
 siehe Erscheinungsweise und Themenplan
Veranstaltungen:
 Theresa von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich
 (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MwSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MwSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.
Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
 DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Zum 65. Geburtstag von OB Gabriele Bauer:**Verlässlichkeit im Dialog**

„Seit 15 Jahren trägst Du als Oberbürgermeisterin Verantwortung für die Stadt Rosenheim und ihre Bürgerinnen und Bürger und das mit vollem Engagement. Unter Deiner Führung hat sich das wirtschaftlich starke Oberzentrum in Südbayern prächtig weiterentwickelt.“ Mit diesen Worten gratulierte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann der Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Gabriele Bauer, zu deren 65. Geburtstag am 12. April.

An der Spitze der kreisfreien Stadt in Oberbayern sei es Bauer gelungen, die Vielfalt der Bildungslandschaft noch weiter auszubauen. Dabei habe sie die städtischen Finanzen ständig im Blick und meistere auch mit Erfolg, diese zu konsolidieren, unterstrich der Kommunalminister. „Du hast die wirtschaftliche Stärke der Stadt nicht nur erhalten, sondern trägst entschieden dazu bei, dass es der Stadt auch in Zukunft gut geht. Das sind nur einige der wichtigen Anliegen, für die Du Dich mit Erfolg tatkräftig und kompetent einsetzt. Dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern räumst Du dabei einen hohen Stellenwert ein“, lobte Herrmann.

Gemeinsame Konzepte

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte für die Zukunft Rosenheims zu entwickeln, ist für Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer selbstverständliche Verpflichtung. Geboren wurde das Stadtoberhaupt in Schwerin; seit 1972 lebt die Jubilarin in Rosenheim. Nach dem Tod ihres Mannes übernahm sie Führungsaufgaben in einer internationalen Spedition, Schwerpunkt Auslandsgeschäft und Niederlassungen. Von 1994 bis 2003 war Gabriele Bauer Mitglied des Bezirkstages von Oberbayern. 2002 wurde sie zur Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim gewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende ist sie gern gesehener Gast bei den Sitzungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV).

Verlässlichkeit im Dialog ist für Gabriele Bauer gerade in der Kommunalpolitik ein hohes Gut.

Aus ihrer Sicht sind alle aufgerufen, eine Kultur des friedlichen und aufgeschlossenen Miteinanders zu pflegen und weiterzuentwickeln. Bürgersinn müsse weiter einen höheren Stellenwert haben als die Durchsetzung von Partikularinteressen, gelebte Solidarität müsse das Markenzeichen



Gabriele Bauer.

in der Stadt bleiben und sachliche Auseinandersetzungen statt Streit um des Streites willen sollten auch in Zukunft die Debatten kennzeichnen, so der Wunsch der Rathauschefin.

„Gerade wir an der kommunalen Basis, in Städten mit hohem bürgerschaftlichen Engagement und einem starken Gefühl der Zusammengehörigkeit, haben es selbst in der Hand, immer wieder an den Fundamenten des gesellschaftlichen Grundvertragens zu arbeiten“, ist OB Bauer überzeugt. Dazu gehöre, dass alle relevanten Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich gemeinsam für eine gute Zukunft der Stadt einsetzen. **DK**

„Wir haben so viel in unserer Heimatstadt Rosenheim, auf das wir alle miteinander stolz sein können und das wir durch Zukunftsinvestitionen ausbauen und sichern wollen – ich denke hier an unsere Bildungslandschaft von der renommierten Hochschule über unsere anerkannt ausgezeichneten Schulen bis hin zu einem ausdifferenzierten, modernen und bedarfsgerechten Angebot an Krippen und Kindertagesstätten. Hier lohnt es sich, weiter in die Modernisierung von Gebäuden und Sachausstattung sowie in den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten zu investieren.“

Erfolgskriterien

Basis des Rosenheimer Wohlstands sei eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur und ein Branchenmix, der – wie gerade die Jahre der Finanzkrise gezeigt hätten – so manche Erschütterung abfedern kann, erklärt die Oberbürgermeisterin. Damit aber die Arbeitsplätze sicher bleiben und neue geschaffen werden können, müssten der strukturelle Wandel, die Ausweisung von Gewerbeflächen und eine aktive Standort- und Ansiedlungspolitik weitergehen. Bauer: „Wir dürfen uns nicht in der vermeintlichen Gewissheit der Attraktivität unserer Stadt ausruhen. Wir müssen Standortchancen am Schopf packen, wenn sie sich bieten.“

Die innerstädtischen Bahnflächen stellten eine solche Chance dar. „Unser Ehrgeiz muss darauf gerichtet sein, hier Konzepte zu verwirklichen, die möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen, neue Wertungspotentiale für Rosenheim heben und von einem möglichst breiten Konsens in der Stadtgesellschaft getragen sind“, betont Gabriele Bauer. Ihr Name steht für zeitgemäße und wertorientierte Politik im besten Sinne. **DK**